

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB kritisiert die Inflation der Staatssekretäre: Kontrollauftrag des Parlaments gefährdet.

Seite 1

Florian Gerster MdB setzt sich mit den Verlusten der britischen Labour Party auseinander: Sicherheitspolitische Kursänderung als Ursache?

Seite 4

Erwin Stahl MdB verurteilt den Bonner Rückzug aus der Kohle: Nach der Wahl wird die Rechnung präsentiert.

Seite 5

42. Jahrgang / 50

13. März 1987

Dem Parlament droht ein Funktionsverlust

Durch die Inflation der Staatssekretäre wird der Kontrollauftrag der Fraktionen ausgehöhlt

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Nach der Bekanntgabe der Zusammensetzung der neuen Bundesregierung steht vor allem das mangelnde Qualifikationsniveau von Ernannten in der öffentlichen Kritik. Mindestens ebenso kritisch zu betrachten ist aber die zunehmende Inflationierung der Zahl parlamentarischer Staatssekretäre, die mit der Regierungsbildung einen weiteren zweifelhaften Höhepunkt erreicht hat.

Die parlamentarischen Staatssekretäre wurden von der Großen Koalition eingeführt. Am Anfang stand die Absicht, mit der Einrichtung solcher Regierungsämter sparsam vorzugehen. Sie blieb zunächst beschränkt auf die sechs wichtigsten Ministerien und das Kanzleramt. Mit Beginn der sozialliberalen Koalition wurde jedem Bundesminister ein parlamentarischer Staatssekretär zugeordnet, wobei allerdings gleichzeitig die Zahl der Bundesminister durch Zusammenlegung von Ressorts deutlich reduziert wurde. Im Laufe der 70er Jahre erhielten einige größere Ressorts zwei parlamentarische Staatssekretäre. Schon hierbei war in manchen Fällen offenkundig, daß das Motiv der Postenbefriedigung im Koalitions- und parteiinternen Proportz Pate stand.

Dieser Trend setzte sich dann 1983 weiter durch und ist mit der Zusammensetzung des jetzigen Kabinetts mehr denn je gegeben. Warum muß es im Bundeskanzleramt neben dem Kanzleramtsminister noch einen Staatsminister und eine Parla-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemaldfaser-Umhang
mit wertvollen Naturstoffen
Kreuzdive-Paper



mentarische Staatssekretärin geben? Bei Bundeskanzler Schmidt gab es einen Staatsminister, und das Kanzleramt arbeitete besser. Warum muß es beim Innenminister noch zwei Parlamentarische Staatssekretäre geben, obwohl das Ministerium die umweltpolitische Zuständigkeit verloren hat? Was sollen zwei Parlamentarische Staatssekretäre im Umweltministerium, das so klein ist, daß es ein Jahr lang ohne auskam? Warum zwei Parlamentarische Staatssekretäre im eigentlich kompetenzarmen Wirtschaftsministerium und im Landwirtschaftsministerium? Warum überhaupt einen in den ohnehin auflösungsfähigen Ministerien für Bildung, innerdeutsche Beziehungen und Wohnungsbau? Außer „Titel und Spesen nichts gewesen“ - ein solcher Eindruck drängt sich auf. Er führt nicht nur zum Ansehensverlust von Regierungsinstitutionen, sondern auch zur Beschädigung des Parlamentarismus.

Dies gilt vor allem, wenn man die Folgen der Inflationierung von Regierungsmitgliedern für die Funktionsfähigkeit des Parlaments in dessen zentraler Aufgabe - der laufenden Kontrolle des Regierungshandelns - bedenkt. Die Regierungsparteien stellen 280 Abgeordnete. Davon sind 46 Regierungsmitglieder, also 16 Prozent. Die CDU stellt aus 185 Abgeordneten 26 Regierungsmitglieder (14 Prozent), die CSU Landesgruppe aus 49 Abgeordneten 12 Regierungsmitglieder (25 Prozent); die CDU/CSU-Fraktion aus 234 Abgeordneten 38 Regierungsmitglieder (16 Prozent). Die FDP stellt aus 46 Abgeordneten acht Regierungsmitglieder (17 Prozent). Bei einem so hohen Prozentsatz von Regierungsmitgliedern, die zugleich Abgeordnete und damit Mitglieder ihrer Fraktionen sind, büßt das Parlament gegenüber der Regierung weiter seine Kontrollfähigkeit ein.

Der Parlamentarismus der Bundesrepublik hat in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung genommen, in der die verfassungsgemäße Gewaltenteilung zwischen Parlament und Regierung bereits in starkem Maße verwischt wurde. Aus dieser Gewaltenteilung wurde eher eine zwischen parlamentarischer Opposition einerseits und Regierung einschließlich Regierungsfraktionen andererseits. Je mehr sich das Verhaltensprinzip durchsetzte, daß die Regierungsfraktionen grundsätzlich zusammen abstimmen, desto mehr wurden die Regierungsfraktionen Vollzugsorgane von Regierungsvorlagen und Absprachen der Koalitionsspitzen. In jedem selbst belanglosen Punkt erhielt die Koalitionsstabilität Vorrang vor der Eigenständigkeit des Parlaments. Es liegt demnach in erster Linie in der Verantwortung von Regierungsfraktionen, die Kastrierung des Parlaments durch die Regierung zu verhindern. Je mehr die Regierungsfraktionen Vollzugsorgan der Regierung werden, desto mehr wird faktisch die Gewaltenteilung zwischen Parlament insgesamt und Regierung aufgehoben. Ein Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust des Parlamentarismus ist die unmittelbare Folge.



Verluste der britischen Labour Party analysieren

Sicherheitspolitische Kursänderung die Ursache?

Von Florian Gerster MdB

Der Wahlerfolg der Allianz aus Sozialdemokraten und Liberalen bei der kürzlichen Nachwahl im Londoner Stadtteil Greenwich wirft die Frage nach einem möglichen Zusammenhang zwischen dem schlechten Abschneiden der Labour Party und ihrem Vertrauensverlust aufgrund der sicherheitspolitischen Kursänderung auf.

Umfrageergebnisse gegen Ende 1986 hatten bereits deutlich gemacht, daß in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit Labours „defense position paper“ die englischen Sozialisten von einer führenden Position in der öffentlichen Gunst gegenüber den Konservativen Margret Thatchers auf einen Zustimmungswert in der öffentlichen Meinung weit unter dem der Tories zurückgefallen sind. Das umstrittene Positionspapier der englischen Labour Party zur Sicherheitspolitik verlangt unter anderem den kurzfristigen Abzug aller Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten vom britischen Festland und die Überprüfung der „Vorneverteidigung“ der NATO auf westdeutschem Boden.

Gegen die Forderung nach einer stärkeren Verteidigung „in der Tiefe“ hatte sich bereits SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau verwandt. Die Aufgabe der Vorneverteidigung an der West-Ost-Grenze in Mitteleuropa würde bedeuten, bundesdeutschen Boden für eine „flexible“ Verteidigung anderer westlicher Länder aufzugeben.

Die Widerstände gegen das verteidigungspolitische Programm der Labour Party veranlaßten Neil Kinnock zu einer USA-Reise und zur Ankündigung, daß die Verbündeten zu den Vorstellungen konsultiert würden.

Beobachter der englischen Szene weisen darauf hin, daß der überraschende Wahlerfolg der sozial-liberalen Kandidatin Rosie Barnes auch dadurch zustande gekommen sei, daß für die Sozialisten eine exponierte Kandidatin des NATO-feindlichen Flügels von Labour kandidiert habe. Auf diesem Hintergrund plädiere ich dafür, auch in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die verteidigungspolitischen Positionen der englischen Sozialisten und die öffentlichen Reaktionen darauf sorgfältig zu analysieren.

(-/13.3.1987/rs/ks)

* * *



Bonn auf dem Rückzug aus der Kohle

Nach der Wahl präsentiert die Bundesregierung die Rechnung

Von Erwin Stahl MdB

Zur Stützung des Kohlebergbaus, zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung in Krisenzeiten und der Unabhängigkeit der Versorgung von importierten Energieträgern, vor allem Mineralöl, wurde 1973, ein Jahr nach der 1. Energiekrise, das sogenannte 3. Verstromungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz sieht ein Sondervermögen des Bundes mit dem Namen „Ausgleichsfond zur Sicherung des Steinkohlenabsatzes“ vor. Der Fond erstattet den Energierversorgungsunternehmen den Preisunterschied zwischen schwerem Heizöl und Steinkohle und regelt, daß nicht stets der billigste Energieträger zur Verstromung eingesetzt wird.

Der Stromverbraucher, der die Abgabe finanziert, trägt sein Scherflein zur Sicherheit der Energieversorgung und damit der Sicherheit des Steinkohlenbergbaus und der Stromversorgung über einen prozentualen Zuschlag auf seine Stromrechnung - den Kohlepfennig - bei. Zur Zeit beträgt er 4,5 Prozent, ist aber von Bundesland zu Bundesland verschieden. Tendenziell zahlen die Länder mit niedrigen Strompreisen höhere Prozentsätze, die mit höheren Strompreisen niedrigere Prozentsätze.

Ölpreis- und Dollarverfall ändern grundsätzlich nichts an der Sinnfälligkeit des 3. Verstromungsgesetzes, eher das Gegenteil ist der Fall, wenn man die Lehren aus den beiden Energiekrisen ernst nimmt und begriffen hat. Nun steigt der Preisunterschied zwischen schwerem Heizöl und heimischer Steinkohle, sodaß damit die 4,5 Prozent Ausgleichsabgabe nicht mehr reichen, um den Absatz an Verstromungskohle, wie mit der Stromwirtschaft im Jahrhundertvertrag vereinbart, zu sichern. Für das Jahr 1986 wies der Ausgleichsfond bereits ein Minus von einer Milliarde DM aus (Antwort der Bundesregierung auf eine mündliche Anfrage, Plenarprotokoll 10/252, S. 19623).

Zunächst hatte Bundeskanzler Kohl im Wahlkampf versichert, es bleibe bei der bisherigen Kohlepolitik, „der deutsche Bergbau“ dürfe „nicht allein gegen den Verfall des Dollarkurses und des Ölpreises anrationalisieren“.

Unmittelbar nach den Bundestagswahlen schrieben die Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Bayern und nun auch Schleswig-Holstein, allen voran Ernst Albrecht, dem Bundeskanzler in einer Art konzertierter Aktion, daß eine weitere Erhöhung des Kohlepfennigs kaum vertretbar sei und der Ölausgleich ersatzlos gestrichen werden sollte.

In den Koalitionsgesprächen von CDU/CSU und FDP wurde dann vereinbart, der Kohlepfennig solle nicht weiter angehoben werden: „Es besteht Einvernehmen“, hieß es dort, „daß die Strukturelemente des Kohlepfennigs einschließlich seiner Berechnungsmethode neu entschieden werden müssen“; und „die Anpassung der Kapazitäten im Kohlebergbau muß sozial flankiert werden“.

Der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Ludwig Gerstein, dazu dieser Tage nebulös und vordergründig: Diese Diskussionen innerhalb der Koalition seien berechtigt. Bei einem derartigen Widerstand gegen die Atomenergie von Seiten der SPD-regierten Länder sei es „nur zu verständlich, daß insbesondere in den Unionsländern, in denen ein hoher Anteil an Kernenergiestrom eingesetzt wird, darüber nachgedacht wird, wie die Berechnungsmethode beim Kohlepfennig verändert werden kann“.

Was bedeutet die Aussage des Sprechers der Union eigentlich? Ist es Zustimmung zur Aussage von Fachleuten, die die Existenz von mindestens zwölf Zechen mit 50.000 bis 70.000 Arbeitsplätzen von insgesamt 160.000 Bergleuten an Ruhr und Saar gefährdet sehen? Wie soll die Prozentmarke der Abgabe aussehen, um welchen Kapazitätsanteil des Bergbaus zu sichern? Insider sprechen von notwendigen elf Prozent, werden es nur sieben oder acht Prozent Abgabe gegenüber jetzt 4,5 Prozent, werden Arbeitsplätze aktuell gefährdet. Der Ausfall von Absatzmengen durch die prekäre Lage der Stahlindustrie der Bundesrepublik ist schon groß. Hinzu kommt, daß die etwa neun Millionen Tonnen Steinkohle, die von uns in EG-Mitgliedstaaten abgesetzt werden, umstritten sind.

Es ist wohl schon sichtbar, nach der Wahl wird jetzt die Rechnung präsentiert. (-/13.3.1987/rs/ks)

* * *